

Krise der Demokratie - Kampf der Systeme

I. Krise der Demokratie

Der globale Siegeszug der Demokratie ist gestoppt

Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts sieht es nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme (UdSSR u.a.) und dem Ende des Kalten Krieges so aus, als ob die liberal-demokratische Gesellschaftsordnung mit ihren Prinzipien der Volkssouveränität und Bürgerpartizipation, der individuellen Freiheitsrechte und der Rechtsstaatlichkeit sowie der allgemeinen Menschenrechte einen globalen Siegeszug antritt. Freiheit und Wohlstand für alle, so lautet das Versprechen. Demokratie und soziale Marktwirtschaft sollen es absichern. Zum globalisierten (Finanz-) Kapitalismus scheint es keine wirkliche Alternative zu geben.

Ein Vierteljahrhundert später stellt sich die Lage unerwartet anders dar.¹ Allenthalben wird von einer "Krise der Demokratie" gesprochen und eine Wiederbelebung demokratiefeindlicher Entwicklungen konstatiert.²

Es scheint so, als ob es global gesehen um eine Art "Kampf der Systeme" geht: Das weltweite Demokratie-Modell des Westens³ wird zunehmend herausgefordert von längst zurückgedrängt geglaubten Staatsformen nationalistischer und autoritativer Prägung.

Das bevölkerungsreichste Land, die Volksrepublik China, hat sich eindeutig gegen das westliche Demokratie-Modell entschieden (spätestens mit der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung auf dem Tian'anmen-Platz 1989 in Peking) und entwickelt sich immer mehr zu einem autoritären Hightech-Überwachungsstaat mit Anspruch auf politisch-militärische und wirtschaftlich-technologische Hegemonie.

Aber auch in vielen anderen Staaten gibt es autoritär-diktatorische und/oder völkisch-nationalistische Entwicklungen.

Das "leise Sterben" der Demokratien

Zwar ist die große Mehrzahl der rund 200 Staaten der Erde formal "demokratisch", faktisch aber sind wesentliche Grundsätze der Demokratie wie freie Wahlen und Mehrheitsprinzip, Gewaltenteilung mit unabhängiger Justiz, Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Grund- und Menschenrechte (Meinungs-, Presse-, Religions-, Streik- und Demonstrationsfreiheit, Folterverbot, Minderheitenschutz usw.) in vielen dieser Staaten nicht mehr gegeben oder werden zunehmend abgebaut.

¹ An verschiedenen Stellen meiner Studie habe ich bereits 2015/16 darauf hingewiesen (u.a. Teil 2, Resümee, Absatz "*Ein Kampf der Systeme*"), dass das Modell der westlichen Demokratie keineswegs auf einem globalen Siegeszug ist.

² Der israelische Historiker und Erfolgsautor Yuval N. Harari geht in seinem neuen Buch "*21 Lektionen für das 21. Jahrhundert*" (2018) gleich im 1. Kapitel "*Desillusionierung*" auf die Krise der Demokratie bzw. der – wie er es nennt – "*liberal-demokratischen Erzählung*" des Westens ein. Ich komme auf das Buch demnächst ausführlicher zurück. - Vgl. auch Rainer Forst, "*Zwei schlechte Hälften ergeben kein Ganzes. Die Krise der Demokratie ist gravierend.*" (FR 13.11.2018) - Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, "*Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können.*" (2018)

³ Mit "Westen" meine ich die durch die Aufklärung geprägten oder beeinflussten Staaten (insbesondere des westlichen) Europas sowie jene Staaten, deren Mehrheitsbevölkerung aus Nachfahren westeuropäischer Einwanderer besteht (z. B. USA, Kanada, Australien, Neuseeland).

Die Harvard-Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt beschreiben in ihrem Bestseller *"Wie Demokratien sterben"* einen fortschreitenden Prozess der Aushöhlung demokratischer Strukturen und Institutionen.

*"Offene Diktatur, ob nun in faschistischer, kommunistischer oder militärischer Form, ist weltweit nahezu verschwunden. Militärputsche und andere gewaltsame Machtergreifungen sind selten geworden. In den meisten Ländern werden reguläre Wahlen abgehalten. Demokratien sterben weiterhin, aber auf andere Weise. Seit dem Ende des Kalten Krieges sind die meisten demokratischen Zusammenbrüche nicht durch Generäle und Soldaten, sondern durch gewählte Regierungen verursacht worden. Wie Chavez in Venezuela haben gewählte Politiker demokratische Institutionen ausgehöhlt - in Georgien, Nicaragua, Peru, den Philippinen, Polen, Russland, Sri Lanka, der Türkei, der Ukraine und Ungarn. Der demokratische Rückschritt beginnt heute an der Wahlurne."*⁴

Die Hintergründe für die Krise der Demokratie sind vielschichtig. Blicken wir zunächst (und sicher sehr verallgemeinernd) auf die sog. Entwicklungs- und Schwellenländer, anschließend auf die Demokratien der westlichen Industriestaaten.

Demokratieabbau in Schwellen- und Entwicklungsländern

Amtsmissbrauch und Korruption

In vielen Staaten sind politische Ämter und insbesondere staatliche Machtpositionen eine wichtige Quelle für persönlichen Reichtum. Gewählte Präsidenten nutzen ihre Position, um sich, ihre Familie und ihre Klientel "auf Staatskosten" zu bereichern – oft mit Hilfe internationaler Konzerne⁵, und nicht selten nach Wahlkämpfen, in denen sie sich dem Wahlvolk als energische Korruptionsbekämpfer vorstellen.

Selbstverständlich sind diese Herrschaften nur selten bereit, ihre lukrativen Posten nach einer Wahl freiwillig zu räumen. Wahlmanipulationen, verfassungswidrige Verlängerungen der eigenen Amtszeit, Inhaftierung oder physische "Ausschaltung" konkurrierender Oppositioneller, Gleichschaltung der Medien und der Justiz – das sind nur einige der gängigen Methoden, um zum Erhalt der eigenen Macht demokratische Spielregeln auszuhöhlen.

Viele dieser zunächst mehrheitlich gewählten Autokraten müssten nach einer demokratischen Abwahl mit Strafverfolgung rechnen. Sie klammern sich auch deshalb mit aller Macht an ihre Posten oder sorgen dafür, dass ihnen Verwandte oder enge Vertraute auf dem Präsidentensessel folgen.

Scheinheiligkeit des Westens

Demokratische Prinzipien und die Ideale der Menschenrechte werden nach wie vor in vielen Teilen der (ehemals kolonialisierten) Welt mit lebendigen Erinnerungen an Kolonialismus, imperialistische Herrschaft und Ausbeutung sowie an eine scheinheilige Doppelmoral in Verbindung gebracht. Die hehren Ideale der Aufklärung (Freiheit und Würde des Einzelnen, Bürgerrechte für alle) galten bekanntlich zunächst nicht für die kolonialisierten Völker oder für Sklaven. Im Gegenteil: Sehr konkret erlittene Misshandlungen und Demütigungen haben die hehren Ideale "der Weißen"

⁴ Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, (*"Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können."*, 2018) werden im November 2018 für ihr Buch mit dem NDR-Kultur-Sachbuchpreis ausgezeichnet.

⁵ Etliche Potentaten haben während ihrer Amtszeit enorme Kapitalbeträge außer Landes gebracht und z. B. auf Schwarzgeldkonten gebunkert. Auch ermöglichen sie, dass Großkonzerne in großem Stil Gewinne aus Bergbau-, Plantagen- oder Tourismusunternehmungen ins Ausland transferieren. Notwendige Investitionen in Bildung, Gesundheitsfürsorge, Infrastruktur oder zur Unterstützung der heimischen Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern unterbleiben bzw. sind nicht mehr möglich.

konterkariert und als verlogen entlarvt. Und auch heute halten sich westliche Staaten aus eigenen politischen und ökonomischen Interessen nur zu oft selbst nicht an die moralischen Grundsätze, die sie von anderen einfordern.⁶

Unter Rückgriff auf sog. "eigene Traditionen" werden dann in etlichen Kulturkreisen Prinzipien und Moralvorstellungen wiederbelebt, die diese "westlichen" und "fremden" Werte und Regularien einschränken oder in Frage stellen, so zum Beispiel in China unter Rückgriff auf den anti-egalitären Konfuzianismus⁷ oder in der islamischen Welt als Rückbesinnung auf religiöse Dogmen des Mittelalters.

Vereinfacht und pauschalisiert lässt sich feststellen, dass diese beiden zusammenhängenden Aspekte (Amtsmissbrauch zur persönlichen Bereicherung und Scheinheiligkeit des Westens) vor allem in den Ländern des Südens zur Aufweichung oder Abschaffung demokratischer Institutionen und Strukturen führen. Zunehmend etablieren sich in vielen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas pseudodemokratische Formen autoritärer Herrschaft.

Aushöhlungsprozesse in den Demokratien des Westens

Seit einigen Jahren (nicht erst seit der Präsidentschaft des Donald Trump) sind auch in den scheinbar gefestigten Demokratien des Westens Erosionsprozesse festzustellen, die sich in immer geringer werdenden Wahlbeteiligungen, im Aufstieg populistischer Parteien und Politiker, in zum Teil aggressiven Protestbewegungen und in fremdenfeindlichen Gewaltakten ausdrücken. In einigen osteuropäischen Staaten ohne gefestigte demokratische Tradition (Polen, Ungarn, Russland, u.a.) sind die Aushöhlungsprozesse schon recht weit fortgeschritten (Einschränkung der Pressefreiheit und der Unabhängigkeit der Justiz, Kriminalisierung und Inhaftierung von Oppositionellen usw.).⁸ Aber auch in den westeuropäischen Demokratien gewinnen populistische Parteien mit autoritativen und völkisch-nationalen Tendenzen an Zulauf.

Die Ursachen sind sicher vielschichtig. Kritik an der Demokratie als Staatsform, an vielfältigen generellen Unzulänglichkeiten sowie an konkreten Mängeln in den einzelnen Staaten ist nicht neu und teilweise auch berechtigt. Derzeit zeigt sich aber darüber hinaus, und darauf hebt u.a. der Historiker Y. N. Harari ab, dass die Demokratien des Westens offenbar nicht (zumindest noch nicht) in der Lage sind, auf die großen globalen Herausforderungen unserer Zeit angemessen, verantwortlich und vor allem wirksam zu reagieren: Klimawandel und Umweltkrise, Auswirkungen des globalisierten Finanzkapitalismus auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen, Massenmigration aus Armut- und Bürgerkriegsregionen, neue Entwicklungen im Bereich der IT- und Biotechnologien mit künftig vermutlich dramatischen Folgen für das Leben der Menschen.⁹

⁶ Wenn's um lukrative Geschäfte geht, werden z. B. selbst schwerste Verletzungen von Menschenrechten ignoriert (vgl. die Handelsbeziehungen westlicher Staaten mit China, Saudi-Arabien usw.).

⁷ Der **Konfuzianismus** sieht den Menschen in hierarchische soziale Gemeinschaften (Familie, Staat) eingebunden. Eine harmonische Ordnung bildet sich darin, wenn den Herrschern und Autoritäten (Vater, Ehemann, Kaiser) Respekt und unbedingte Loyalität entgegengebracht wird, und diese wiederum moralisch vorbildlich und fürsorglich handeln.

⁸ In Russland müssen Oppositionelle sogar mit ihrer Ermordung rechnen.

⁹ Auf die technologischen Herausforderungen geht der israelische Historiker Y.N. Harari ("*21 Lektionen für das 21. Jahrhundert*", 2018) ausführlich ein. Ich werde das Thema demnächst noch mal aufgreifen unter der Fragestellung: Ende des Individuums und der individuellen Freiheit?

Derzeit scheinen aber m. E. vor allem zwei Entwicklungen entscheidend zu sein für die verbreitete Desillusionierung¹⁰ bzw. für eine wachsende Wut in Teilen der Bevölkerung gegen herrschende politische Eliten und Parteien:

- zum einen die zunehmende soziale Ungleichheit, die zu einer immer größer werdenden Zahl von "Abgehängten" auch in den reichen Industriestaaten führt,
- zum anderen die (scheinbar) unkontrollierte und offenbar unabsehbar fortgesetzte Zuwanderung von Asylsuchenden und Flüchtlingen aus Afrika und Asien (bzw. Lateinamerika), die durch den Klimawandel und die oben angedeuteten "strukturellen Fehlentwicklungen" (Armut, Perspektivlosigkeit, Bürgerkriege) in den Ländern des Südens ausgelöst bzw. verstärkt wird.

Beide Entwicklungen mischen sich derzeit zu einer Wut- und Proteststimmung in Teilen der Bevölkerung insbesondere in sog. sozialen Brennpunkten, in ländlich-kleinstädtischen sowie in eher bildungsfernen Milieus. Dazu einige Anmerkungen.

Soziale Ungerechtigkeit in reichen Staaten

Der globale Finanzkapitalismus erweist sich als kaum steuerbar; einzelne Staaten jedenfalls haben so gut wie keine Möglichkeiten, die globalen Finanzmärkte zu kontrollieren, über die täglich zig-Milliarden Dollar (in Anleihen, Aktien usw.) verschoben werden.

Selbst die "faire" Besteuerung amerikanischer Weltkonzerne (Amazon, Google, Apple u.a.) gelingt nicht und die Erfolge bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehungen werden konterkariert durch Aufdeckung immer neuer Steuertricks (vgl. "Cum-Cum- und Cum-Ex-Geschäfte"), durch die Milliardenbeträge den öffentlichen Haushalten entzogen werden. Dazu kommen immer wieder unverhoffte Betriebsschließungen und -verlagerungen, die langjährig Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit oder in prekäre Jobs im Niedriglohnbereich zwingen.

Dabei sind die u.a. von Y.N. Harari ("*21 Lektionen*") beschriebenen Entwicklungen in den Bereichen der IT- und Biotechnologien noch gar nicht berücksichtigt. Harari geht davon aus, dass in den kommenden Jahren/Jahrzehnten nahezu alle Berufe und Arbeitstätigkeiten ganz oder teilweise durch Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) ersetzt werden können, zumindest erhebliche Veränderungen erfahren – und zwar im globalen Maßstab, also auch in den sog. Entwicklungsländern. Die Zahl der "Abgehängten", der "Nicht-mehr-Gebrauchten" könnte dramatisch steigen.

Vom derzeitigen System profitiert vor allem eine kleine Elite.¹¹ Die Vermögensschere zwischen den 10% oder 1 % Reichen bzw. Superreichen und der Bevölkerungsmehrheit wird immer größer (Thomas Piketty et al.¹²). Global gesehen gelingt es zwar immer

¹⁰ Y. N. Harari ("*21 Lektionen für das 21. Jahrhundert*", 2018) spricht gleich in seiner "1. Lektion" von einer "Desillusionierung": Diese bezieht sich auf die "*liberal-demokratische Erzählung*", die auf der Basis von marktwirtschaftlichen (kapitalistischen) Strukturen Wohlstand, (individuelle) Freiheit und Sicherheit für alle versprochen hat, ein Versprechen, das in den Augen einer wachsenden Zahl von Menschen nicht eingelöst wurde und wird.

¹¹ Soziologische Studien (Michael Hartmann, "*Die Abgehobenen - Wie die Eliten die Demokratie gefährden*", 2018) zeigen zudem: Es sind noch nicht einmal die viel zitierten "Leistungsträger", die den Reichtum abschöpfen. Die Einkommens- und Vermögensprivilegien, verbunden mit Karrieren in der Wirtschaft konzentrieren sich in den einzelnen Staaten auf wenige (tausend?) Familien, die mehr oder weniger abgeschottet vom Rest der Bevölkerung in Luxus lebt - und über erheblichen Einfluss in der Politik verfügt. - Vgl. auch Arno Widmann, FR 18./19.08.18: "*Die Demokratien werden von ihren Eliten zerstört*"

¹² Thomas Piketty et al.: "*Die weltweite Ungleichheit. Der World Inequality Report*" (2018). Vgl. Stefan Reinecke "*Globaler Blick, düstere Aussicht*", taz 25./26.08.18

besser (zumindest dort, wo keine Bürgerkriege herrschen), schlimmste Auswüchse von Armut und Hunger zu reduzieren, aber auch in den "Schwellenländern" oder den "Entwicklungsländern" klaffen enorme Einkommens- und Vermögensunterschiede, die sich in einer Aufwärts- bzw. Abwärtsspirale in den kommenden Generationen reproduzieren werden.¹³

Die soziale Ungleichheit hat in nahezu allen Industriestaaten des Westens in den letzten 10 - 20 Jahren deutlich zugenommen. Das verstärkt Unzufriedenheit und Proteststimmung, die sich gegen die herrschenden politischen Eliten, aber inzwischen auch und zunehmend gegen Flüchtlinge und Migranten richtet. Die ökonomische Situation in deren Heimatländern wird, wenn Y. N. Harari Recht behält, in den kommenden Jahrzehnten aber nicht besser, sondern eher schlechter.¹⁴

Kurz: Das Versprechen der "*liberal-demokratischen Erzählung*" auf allgemeinen Wohlstand und zunehmende soziale Gerechtigkeit, auf "Selbstverwirklichungschancen" für alle und auf eine allgemeine Angleichung in den Lebensbedingungen erweist sich innergesellschaftlich und global als Täuschung.

Die Angst vor "Massenmigration"

Viele (vor allem) junge Menschen aus Afrika, Asien und Lateinamerika machen sich auf den Weg in die reichen Länder des Westens (vor allem USA, Westeuropa), um Schutz vor Krieg und Gewalt in ihren Herkunftsländern zu suchen, vor allem aber in der Hoffnung, für sich und die Familie eine Zukunftsperspektive (Arbeit, Einkommen, Wohlstand) zu finden.

Solange diese Zuwanderung (scheinbar oder offensichtlich) ungesteuert und unregelt verläuft, löst sie zunehmend Ängste und aggressive Abwehrreaktionen in immer größeren Teilen der "einheimischen" Bevölkerung aus, auch wenn deren Vorfahren nicht selten selbst "Einwanderer" gewesen sind. Dabei liegen durchaus Vorschläge für eine geregelte Zuwanderung (Beispiel: Kanada) und – fast noch wichtiger – für befristete Arbeitsmigration vor.¹⁵ Wenn es nicht gelingt, hier zu abgestimmten Regelungen zu kommen, die auch Perspektiven für die junge Generation in den sog. Herkunftsländern einschließt, werden Populisten leichtes Spiel haben und an Zulauf gewinnen.

Die zentralen Fragen für die Zukunft der Demokratie sind also: Wie kann mehr soziale Gerechtigkeit entstehen bzw. entwickelt werden? Und: Wie kann die Zuwanderung gesteuert und die Integration verbessert werden?¹⁶

¹³ Um 1980 lebte noch knapp die Hälfte der Weltbevölkerung von weniger als einem Dollar pro Tag, 2015 war es nur noch jeder Zehnte. – Aber trotz des Aufstiegs einer neuen Mittelschicht in China und Indien besitzt das ärmere Dreiviertel der Menschheit nur 10% des globalen Vermögens, das obere eine Prozent der Menschheit aber besitzt 20% des globalen Vermögens, Tendenz steigend. (taz-Artikel, s.o.)

¹⁴ Aktuelle Berichte über eine wachsende Zahl von Start-up-Unternehmungen im IT-Bereich in Afrika (z. B. Kenia) wecken Hoffnungen auf eine Wende.

¹⁵ Vgl. dazu meine "*Thesen zur Migration*" (auf der Website) unter "Aktuelles" und die ebenfalls dort präsentierten Vorschläge des Migrationsexperten Gerald Knaus.

¹⁶ Den **Klimawandel** als globale Herausforderung führe ich hier nicht gesondert auf, denn er betrifft alle Staaten und politischen Systeme, nicht nur die Demokratien. - Die **technologischen Herausforderungen** durch Künstliche Intelligenz und Biotechnologien allerdings, so wie sie z. B. Y.N. Harari beschreibt, könnten langfristig das größte (!) Problem für das Demokratie-Modell des Westens und das Konzept des freien Individuums werden: "*Die Demokratie in ihrer gegenwärtigen Form kann die Verschmelzung von Biotechnologie und Informationstechnologie nicht überleben. Sie wird sich entweder radikal neu erfinden müssen, oder die Menschen werden künftig in <<digitalen Diktaturen>> leben müssen.*" (S. 104) - Auf diese Prognose werde ich noch mal zurückkommen.

Wenn es den politisch Verantwortlichen und Regierenden in der EU bzw. im Westen nicht gelingt, hier in absehbarer Zeit Lösungen zu finden und für die Menschen erfahrbar zu machen, droht den westlichen Demokratien ein innerer Aushöhlungsprozess.¹⁷

Abbau demokratischer Institutionen und Werte

Zunächst werden von sog. populistischen Bewegungen und Parteien demokratische Mehrheiten angestrebt, indem gezielt nationalistische, fremdenfeindliche (oft auch anti-islamische und antisemitische) Stimmungen geschürt werden, auch über die Verbreitung von Lügen oder Halbwahrheiten ("fake news"), verbunden mit einer Pauschalkritik an den politischen (selten an den wirtschaftlichen!) Eliten und Bürokratien. Die politische Macht wird dann genutzt, um demokratische Institutionen und die Zivilgesellschaft zu schwächen, insbesondere aber Einfluss auf bzw. Kontrolle über die Medien und die Justiz zu erlangen. Die politischen Gegner werden als "Volksfeinde" diffamiert und nicht selten kriminalisiert, Proteste und Widerstand werden als "vom Ausland geschürt" oder als "Terrorismus" etikettiert.

Demokratische Grundsätze und Spielregeln werden relativiert, bagatellisiert oder offen abgelehnt. Universalistische Werte und Ideale werden – unter Verweis auf "eigene" nationale Traditionen und Werte – ebenso abgelehnt wie alle Bestrebungen, internationale Vereinbarungen im Rahmen einer supranationalen Völkergemeinschaft als Antwort auf globale Herausforderungen zu etablieren. Fast immer gehen Nationalismus und Isolationismus einher mit einer staatlich geförderten Rückkehr der Religionen bzw. extrem wertkonservativer Religiosität.¹⁸

Russland, etliche Staaten Osteuropas, aber auch die Türkei, Venezuela¹⁹ und viele andere Staaten sind längst dabei, ein solches System "illiberaler Demokratie"²⁰ zu etablieren, in dem die politisch-ideologisch oder national-völkisch definierte "Mehrheit" mehr oder weniger selbstherrlich und ohne Rücksicht auf Minderheitenrechte, vor allem aber ohne Interesse an globaler Verantwortung agiert. Auch die Politik von US-Präsident Trump zielt bekanntlich in diese Richtung.

Immer mehr (?) Staaten stellen demonstrativ das nationale Eigeninteresse über das gemeinsame Schicksal der Menschheit auf diesem Planeten. Es ist aber mehr als zweifelhaft, dass stark nationalistisch ausgerichtete Staaten mit den globalen Herausforderungen besser klarkommen als die "weltoffeneren", die zumindest versuchen (noch viel zu wenig!), sich der globalen Verantwortung zu stellen.

¹⁷ Wie dieser Prozess abläuft, beschreiben Levitzky und Ziblatt in ihrem Bestseller "*Wie Demokratien sterben*": Autokratische Herrscher agieren demnach überall auf der Welt nach dem gleichen Muster, um Demokratien in autoritäre Regime zu verwandeln. Die Autoren identifizieren vier Merkmale, an denen man antidemokratische Tendenzen bei Politikern erkennen könnte – bevor man sie ins Amt wählt: 1. Ablehnung demokratischer Spielregeln. Etwa, indem die Rechtmäßigkeit von Wahlen und Verfassungen angezweifelt wird. 2. Leugnung der Legitimität politischer Gegner. Diese werden wie Feinde oder Kriminelle behandelt. 3. Tolerierung von oder Ermutigung zu Gewalt. 4. Die Bereitschaft, Freiheiten zu beschneiden, etwa durch Angriffe auf Medien und die Zivilgesellschaft. (HAZ 22.11.2018)

¹⁸ Y. N. Harari weist darauf hin: So wie sich China auf längst vergangene Zeiten des Kaiserreichs (und entsprechende Machtansprüche) und auf die alten Werte des Konfuzianismus beruft, beschwört das Russland Putins eine vermeintlich glorreiche Vergangenheit des Zarenreichs und sucht das Bündnis mit der orthodoxen Kirche und ihren konservativen bzw. reaktionären Wertvorstellungen; Islamisten versuchen mit rücksichtslosem Terror ein Kalifat nach mittelalterlichen Vorbildern der Zeiten Mohammeds bzw. seiner Nachfolger zu errichten und orthodoxe Juden meinen, sie müssten das Reich Davids aus dem 10. Jahrhundert vor Chr. wieder errichten (S. 38 f.).

¹⁹ Venezuela zeigt: Es gibt auch einen "linken" antidemokratischen Populismus.

²⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Illiberale_Demokratie

Ganz problematisch wird es, wenn sich der Verzicht auf "globale Politik" mit einer Diskreditierung universalistischer Werte und Prinzipien verbindet. Wenn Menschenrechte, Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit oder rechtsstaatliche Grundsätze usw. nur noch für die je eigene Nation bzw. die politisch loyale Mehrheit gelten, dann öffnen sich neue Türen für Diskriminierung und schwerste Menschenrechtsverletzungen.

Der Rückfall in radikal nationalkonservative (anti-globalistische und anti-universalistische) oder gar autoritative Formen "illiberaler" (Pseudo-)Demokratien höhlt das Demokratie-Modell des Westens insgesamt aus und schwächt es gegenüber einer großen Herausforderung aus dem Osten: dem chinesischen diktatorischen Überwachungsstaat.

II. Kampf der Systeme

Welche Alternativen haben wir im Hinblick auf die gesellschaftliche Organisation? Meines Erachtens zeichnet sich ein neuer Kampf der Systeme ab. Die Systemfrage lautet derzeit aber nicht mehr Kapitalismus **oder** Kommunismus/Sozialismus, sondern liberal-demokratische und weltoffene Gesellschaft **oder** autoritärer, nationalistischer Überwachungsstaat. Der Kapitalismus kann offenbar in beiden Systemen überdauern.

Es geht dabei nicht nur um die Frage, welches System humaner ist (- die Antwort ist für mich eindeutig!), sondern vor allem darum: Welches System findet größere Akzeptanz? Welches System wird erfolgreicher sein bei der Bewältigung der aktuellen und künftigen globalen Herausforderungen?

Das Modell eines autoritären Überwachungsstaates

Dieses Modell verspricht innere Sicherheit, Ordnung und Stabilität als Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand.

Es basiert auf zentraler, mehr oder weniger uneingeschränkter Machtausübung durch einen Herrscher oder eine (kleine) herrschende Elite. Damit verbunden sind stabile, handlungsfähige Regierungen, die sich nicht mit Koalitionen oder einer Opposition auseinandersetzen müssen, sowie eine repressive Politik nach innen (Kritiker und Oppositionelle werden buchstäblich mundtot gemacht) und nach außen (strikte Abgrenzung, keine Zuwanderung "Fremder").

Innere Harmonie und Frieden werden auch über einen kultartig gepflegter Nationalstolz und ein Zusammenrücken gegen vermeintlich bedrohliche "Feinde" oder "Terroristen" gesucht: das jeweilige Regime setzt also auf sehr archaische Bedürfnisse nach einem "harmonischen Wir" und entsprechende Reflexe.

Im autoritären Überwachungsstaat herrscht uneingeschränkt eine Oligarchie (in China die Kommunistische Partei bzw. die Parteilite) oder eine Familiendynastie (Beispiel: Nordkorea, Saudi-Arabien) mit einem absolutistisch agierenden Herrscher an der Spitze; eine Elite, die die politische und wirtschaftliche Macht ausübt und intern "weitervererbt" (- was Rivalitäten innerhalb der Elite nicht ausschließt).

Wirtschaftsunternehmen, Banken, Medien und Justiz stehen unter strikter staatlicher Kontrolle, individuelle Freiheitsrechte (Meinungs-, Religionsfreiheit, Streik- und Mitbestimmungsrechte u.a.) sind massiv eingeschränkt, jede Form der Kritik oder gar des Widerstandes wird rücksichtslos (ohne Rücksicht auf rechtsstaatliche Grundsätze

oder bestehende Gesetze) verfolgt und bestraft. Berufliche Karrieren werden an politisch-ideologisches Wohlverhalten gebunden.

Fast immer etabliert sich in diesen autoritär regierten Staaten ein repressives System gegenüber ethnischen oder religiösen Minderheiten (z. B. Uiguren in China), gegenüber Homosexuellen, realen oder vermeintlichen Oppositionellen, Künstlern/innen, Schriftstellern/innen und anderen kreativen Geistern.

Ein exorbitant ausgeweitetes Polizei-, Geheimdienst-, Spitzel- und Militärsystem sowie zunehmend auch der Einsatz modernster IT-Technologien (Internetkontrolle, Videoüberwachung mit individueller Gesichtserkennung) und darüber hinaus ein umfassendes "Sozial-Kreditsystem"²¹ zur Bewertung der Bürger/innen sollen für Ruhe und Ordnung sorgen, die Bevölkerung disziplinieren und mögliche Widerstandsbewegungen oder Unruhen (und "Unruhestifter") frühzeitig erkennen.

Im Zentrum steht dabei die (ethnisch oder religiös definierte) Mehrheitsbevölkerung (in China sind das die Han-Chinesen), Minderheitenschutz steht überwiegend nur auf dem Papier oder wird als ethnische Folklore inszeniert.

Nationale Interessen – inklusive (über)regionale Hegemonieansprüche – haben eindeutig Vorrang vor allen internationalen und universalistischen Verpflichtungen und Idealen. Der Stolz auf die Herkunft, Geschichte und Tradition der Mehrheitsbevölkerung und auf wirtschaftliche und technologische Erfolge wird aufwändig zelebriert und gepflegt – und bindet die Mehrheit der Bevölkerung an das oligarchische System, solange das Versprechen auf "Sicherheit" und künftigen Wohlstand glaubhaft erscheint.

Dieses Modell ist vor allem für die Staaten oder Gesellschaften verlockend, in denen Demokratie ohnehin traditionell nicht oder kaum verankert ist, und es nicht so etwas wie ein breites liberales städtisches Bürgertum und einen in breiten Teilen der Bevölkerung verankerten selbstbewussten Individualismus gibt.

Auch wenn Levitsky/Ziblatt darauf hinweisen dass nur relativ wenige Staaten offen diktatorisch regiert werden²², sind – ihrer Analyse folgend – viele formal demokratische Staaten auf dem Weg zu diesem Regierungs- bzw. Herrschaftsmodell.

Das "westliche" Modell eines liberal-demokratischen Staates

Erinnerung an die Errungenschaften der Demokratie

Das liberal-demokratische System des Westens hat in historischer Perspektive – darauf weist auch Y. N. Harari hin – zumindest für die Länder des Westens und ihre Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten (seit Ende des 2. Weltkrieges) zu beachtlichen Verbesserungen der Lebensbedingungen geführt. Einige Beispiele seien kurz genannt:

Nie in der Geschichte Mittel- und Westeuropas gab es eine so lange Phase des Friedens (über 70 Jahre!) und nie war die unmittelbare Kriegsgefahr so gering wie heute.

Nie war der Wohlstand für die große Mehrheit der Bevölkerung in den Ländern des Westens so groß wie heute. Nie herrschte so viel Rechtssicherheit, so viel Schutz vor Willkür und Unrecht. Nie war die Lebenserwartung der Menschen höher, die Mütter- und Kindersterblichkeit geringer. Extreme Armut, Hungersnöte oder Seuchen sind heute

²¹ "Ein Social-Scoring-" bzw. "Social-Credit-System" wird in China derzeit erprobt. Es soll flächendeckend eingeführt werden. - <https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialkredit-System>

²² Neben den verbliebenen ex-kommunistischen Staaten China, Vietnam, Nordkorea trifft das auch auf einige absolutistisch regierte Königreiche (z. B. Saudi-Arabien) und auf Militärdiktaturen (z. B. Thailand) zu.

weitgehend aus dem Alltag verschwunden. Nie war die gesellschaftliche Toleranz verschiedener Lebensstile größer und der Abbau von Diskriminierungen (z. B. von Frauen, Homosexuellen) weitergehender als in unserer Zeit.

Nie gab es weniger Analphabetismus, nie war der Zugang zu Bildung und Ausbildung für alle Schichten der Bevölkerung höher als heute. Das gleiche gilt für die Gesundheitsfürsorge und die Alterssicherung. Nie war die Information und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei wichtigen Planungs- und Entscheidungsprozessen höher als heute (- bei allen nach wie vor bestehenden Defiziten). Nie waren Presse- und Meinungsfreiheit höher – allem "Lügenpresse"-Gebrüll zum Trotz.

Solche Aussagen dürften bei allen kritischen und sozial engagierten Menschen zunächst Unbehagen und Protest auslösen. Aber sie zu leugnen oder zu bagatellisieren ist m.E. Ausdruck völliger Unkenntnis der Geschichte und der Lebensbedingungen der Menschen in den vor-demokratischen Zeiten.

"Aber...!"

Selbstverständlich lässt sich hinter jede Aussage ein "aber" einfügen, eine Einschränkung vornehmen (Es gibt auch in Deutschland noch Kinderarmut! Es gibt noch Diskriminierung! Es gibt eine wachsende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen! usw.); oder es lässt sich ein fortbestehendes Risiko benennen (Die Arbeitsplätze und die Renten sind keineswegs sicher! Mit der Klimaerwärmung nimmt die Seuchengefahr wieder zu! usw.). – Und selbstverständlich interessiert sich die heute kaum über die Runden kommende Rentnerin oder die alleinerziehende Mutter und Hartz IV-Empfängerin nicht für die sehr viel schlimmere Lebenslage früherer Generationen, sondern für das, was in einem reichen Land eigentlich möglich sein sollte an Wohlstand für alle und an sozialer Gerechtigkeit.

So wächst auch in den westlichen Demokratien das Unbehagen, das sich zum Teil in hochaggressive Formen des Protestes äußert. Dies verweist auf fortbestehende Unzulänglichkeiten des demokratischen Systems und auch auf partielles Scheitern. Es ist die Diskrepanz zwischen dem "Versprechen" auf Wohlstand und Gerechtigkeit und der Realität, die Enttäuschung produziert. Wer auch nach Jahrzehnte langer Arbeit nicht von seiner Rente leben kann, wer nach Jahren seine Wohnung räumen muss, weil die stark gestiegene Miete nicht mehr zu bezahlen ist, den interessieren keine historischen Vergleiche. Und wenn dann noch "offene Grenzen" und die "Zuwanderung Fremder" Gefühle von "Schutzlosigkeit" aktivieren bzw. Sehnsüchte nach einer "harmonischen Gemeinschaft" enttäuschen, entsteht eine brisante Stimmungslage.

Die Antwort sollte aber nicht die Abschaffung der Demokratie, sondern das glaubhafte Ringen um ihre Optimierung sein. Es ist die Frage, ob das demokratische Modell die Auswüchse des modernen Finanz- und Wirtschaftskapitalismus besser in den Griff bekommt als das Modell einer nationalstaatlichen Diktatur: Auswüchse, die sich in zunehmender sozialer Ungerechtigkeit (innergesellschaftlich wie global), in "Massenmigration" (Millionen Menschen sind auf der Flucht bzw. versuchen ihr Herkunftsland zu verlassen), im globalen Klimawandel und in vielfältigen Umweltkrisen (vgl. "Planetary Boundaries"²³) ausdrücken.

²³ **"Planetary Boundaries"**: Das Konzept der Planetaren Grenzen beschreibt und definiert anhand von Messdaten Grenzen der Belastbarkeit des Planeten Erde, deren Überschreiten ein Fortbestehen menschlicher Zivilisation vermutlich unmöglich machen wird. Einige der neun von einem Forscherteam um Johan Rockström benannten Grenzen sind inzwischen erreicht oder überschritten. - https://de.wikipedia.org/wiki/Planetare_Grenzen

Die "Systemfrage" ist (mir) nicht egal. Das demokratisch-liberale Modell verspricht individuelle Freiheit, Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, das autoritäre Modell setzt auf Sicherheit durch Abgrenzung, auf Nationalstolz (Wir-Ideologie) und traditionelle Werte. Der moderne Kapitalismus kann wie gesagt mit beiden leben.

III. Kritische Blicke nach Ost und West

Die Demokratie - ein Auslaufmodell?

Nicht wenige chinesische Führungskräfte und Intellektuelle halten offenbar das westliche liberal-demokratische System im welthistorischen Maßstab für "eine nur vorübergehende Erscheinung" und keineswegs für das Zukunftsmodell der Menschheit.²⁴ Das klingt arrogant und selbstgefällig, ist aber zunächst nur eine Replik auf die Arroganz, mit der der Westen Jahrzehnte lang auf das "Reich der Mitte" geblickt hat. Nun kehrt China offensichtlich zu alter Größe zurück. Die wirtschaftlich-technologische Entwicklung der letzten 40 Jahre ist jedenfalls eindrucksvoll und nahezu beispiellos.

Worin liegt die Kritik am westlichen Modell – und was ist die chinesische Alternative? Ich kann hier nur Vermutungen anstellen, die sich auf wenige Aussagen beziehen.

Zum einen wird auf die grundsätzliche Labilität der westlichen Demokratie verwiesen: Sie sei strukturell zu abhängig von den wechselnden Stimmungslagen der Bevölkerung, deren mehrheitliche Zustimmung zum System insgesamt und zu den aktuellen politischen Schwerpunktsetzungen keineswegs sicher sei.²⁵ Politische Schwerpunkte würden sich häufig nach jeder Wahl ändern. Demokratie schwäche demnach eine klare, an langfristigen Zielen ausgerichtete Politik.

Zum anderen würde im westlichen System, so die Kritik, angesichts ständiger "demokratischer" Auseinandersetzungen und parteipolitischer Konflikte, offener Grenzen und ungesteuerter Zuwanderung das zutiefst menschliche Bedürfnis nach einem Leben in Sicherheit und Wohlstand in einer weitgehend harmonischen Gemeinschaft erodieren. Einerseits würde der Dauerstreit der Parteien die Menschen nerven und Politikverdrossenheit fördern, andererseits zur Lagerbildung und gesellschaftlichen Spaltung beitragen.

Aus chinesischer Sicht hat das westliche Demokratie-Modell also zwei zentrale Schwächen: Es ist erstens ineffektiv und strategisch schwach, und zweitens spaltet es die Bevölkerung und heizt innere Konflikte an. Beides widerstrebt und widerspricht elementaren Prämissen chinesischer Politik.

Aber trifft diese Kritik zu? Es stimmt, häufig gibt es keine klaren Mehrheitsverhältnisse, Regierungsbildungen können sich monatelang hinziehen, die unterschiedlichen Parteien und die (zeit- und ressourcenaufwändigen) Wahlkämpfe können zu Spaltungen in der Bevölkerung führen (aktuell in den USA) und politische Entscheidungen enden oft in unbefriedigenden Kompromissen.²⁶ Aber demokratische Prozesse sind vor allem deswegen oft langwierig, mühsam und konfliktreich, weil sie eben die unterschiedlichen,

²⁴ So äußerte sich kürzlich ein chinesischer Intellektueller in einem TV-Beitrag. (Die Quelle habe ich leider nicht notiert.)

²⁵ Ähnlich wird die repräsentative (indirekte) Form der Demokratie gegenüber Formen direkter Demokratie gerechtfertigt.

²⁶ Beispiele sind: das "Brexit"-Chaos in Großbritannien; instabile Regierungen in vielen EU-Staaten mit ständigen Neuwahlen (z. B. Italien); ungelöste Konflikte in Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes, der Migration (Streit um Obergrenzen der Zuwanderung), der Energiegewinnung und Verkehrsentwicklung (Diesel-Krise) u.v.m.

oft kontroversen Interessen und Ansprüche aller Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen versuchen. Konsens- und Kompromissuche sind nun mal in der Regel aufwändige Prozesse und verlaufen nicht selten frustrierend. Andererseits: Solche inhaltlichen Auseinandersetzungen, Debatten und Diskurse verhindern oft vorschnelle Entscheidungen oder wenig durchdachte Lösungen; sie können also durchaus vorteilhaft sein und zu optimierten Problemlösungsstrategien führen.

Was ist die "chinesische Alternative"?

In der sog. Volksrepublik ist eine Diktatur installiert: die absolute Herrschaft einer Partei-Elite, die sich nicht nur schamlos bereichern, sondern sich auch weitgehend außerhalb jeder Rechtsprechung stellen kann und dabei nur interne Rivalitäten berücksichtigen muss.

Mit welcher Legitimität wird hier Herrschaft im Namen des Volkes ausgeübt, wenn das Volk eigentlich weder gefragt wird, noch irgendwelche politischen oder personellen Alternativen ernsthaft zur Wahl und Diskussion stehen?²⁷

Es gibt nicht die geringste Garantie, dass die Parteikader etwa eine verantwortungsvolle, kluge Elite mit ausgewiesener Problemlösekompetenz sind. Dazu wären, wenn schon nicht demokratische, dann doch transparente, an fachlichen Kriterien orientierte Verfahren bei der Besetzung wichtiger Posten erforderlich, Kriterien, die nicht primär auf Loyalität zu jeweiligen Führung zielen.²⁸

Es herrscht Diktatur nicht (nur) zum Wohl des Volkes, sondern auch gegen das Volk: Wenn politische Oppositionelle und sogar deren Anwälte von einer loyalen Justiz zu abschreckend hohen Gefängnisstrafen verurteilt werden. Wenn jeder noch so kleine Protest (- etwa gegen massive Umweltzerstörungen, extreme Gesundheitsbelastungen am Arbeitsplatz oder Wohnort, gegen korrupte Kader, gegen willkürliche Vertreibungen der Bevölkerung bei Großbauprojekten, usw.) als staatsfeindliche Aktion oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unterdrückt und bestraft werden kann. Wenn Vertreter ethnischer Minderheiten schon bei bescheidenen Bitten, die ethnische Identität stärker zu schützen, als Separatisten verfolgt, ggf. massenhaft in KZ-ähnliche Einrichtungen eingesperrt und im Sinne der Partei und der Mehrheitskultur "umerzogen" werden.²⁹

Die "harmonische Einheit des chinesischen Volkes" beruht zum einen auf der auch politisch gewollten Dominanz der sog. Han-Chinesen (- sie machen ca. 90% der Gesamtbevölkerung aus, daneben sind 55 weitere nationale Minderheiten anerkannt),³⁰

²⁷ Auf dem **6. Osnabrücker Demokratieforum 2018 "China, Europa und die Demokratie"** habe ich gelernt, dass das konfuzianische Denken, das China seit 2.500 Jahren prägt und in den letzten Jahren eine offiziell geförderte Renaissance erlebt, traditionell die Sieger eines Bürgerkriegs (1947: Mao Zedong) als Gott gewollte legitime Herrscher betrachtet, die Anrecht auf absolute Loyalität haben. Das korrespondiert natürlich gut mit dem absoluten Führungsanspruch der KP. (Prof. Yi-Kai Chen, 07.12.2018)

²⁸ Die **KP Chinas** hat derzeit rund 78 Mio. Mitglieder. Bewerber/innen müssen sich einem Auswahl- und Prüfungsverfahren stellen, das primär die ideologische Zuverlässigkeit überprüft. Dazu finden entsprechende Schulungen statt.

²⁹ Von den rund 8-9 Mio. turksprachigen und zumeist islamischen **Uiguren** der Autonomen Region Xinjiang sollen derzeit rund eine Million (!) in sog "Fortbildungslagern" interniert sein, unfreiwillig und ohne richterliche Anordnung; faktisch handelt es sich ganz offensichtlich um KZ-ähnliche Einrichtungen zur ideologischen "Umerziehung", die vor jeder Außeneinsicht und neutralen Kontrolle abgeschirmt sind.

³⁰ Han-Chinesen werden systematisch in den "Autonomen Regionen" der Minderheiten angesiedelt, z. B. in Tibet oder Xinjiang, um dort die ethnischen Mehrheitsverhältnisse zu ändern und so die Kontrolle zu optimieren.

zudem auf der strikten Kontrolle und Unterbindung von ideologischen oder religiösen Entwicklungen, die die ideologische Dominanz der KP infrage stellen könnten.³¹

Ja, das westliche Modell hat erhebliche Defizite, wie schon Winston Churchill feststellte (*"Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen."*). Aber hier können unfähige Politiker abgewählt, korrupte sogar durch ordentliche Gerichte bestraft werden; während die chinesische Bekämpfung der Korruption offensichtlich überwiegend politisch motiviert ist und als Mittel in den parteiinternen Auseinandersetzungen eingesetzt wird.

Die chinesische Kritik am demokratischen Modell des Westens wird vorgetragen aus einer Position wirtschaftlich-technologischer und militärischer Stärke des neuen China, eines lange gedemütigten Großreiches, das seit einer Generation einen historisch einmaligen Aufschwung erlebt und sich zu "alter Größe" zurückkehren sieht.

Gleichzeitig wird in China ein ebenfalls historisch einmaliger autoritärer, anti-demokratischer Überwachungsstaat etabliert, der mit Hilfe von Videoüberwachung, neuester IT-Technologie (Gesichts- und Spracherkennung, Erfassung von individuellen Daten über Handlungen, Meinungen und sogar Gefühle; Einführung eines Punktesystems für Wohlverhalten) eine nahezu vollständige Kontrolle der Bevölkerung anstrebt.

Welches System ist überlegen?

Für China dürfte die Antwort klar sein: Überlegen ist, wer technologisch die globale Spitzenposition und ökonomisch eine umfassende Kontrolle des weltweiten Handels und der Wirtschaftsbeziehungen entwickelt, und das wird in wenigen Jahren China sein.

Die geopolitische Strategie Chinas seit der Machtübernahme von Xi Jinping ist an klaren Zielen ausgerichtet und wird konsequent und mit etlichen milliardenschweren Investitionsprogrammen umgesetzt: China strebt eine Spitzenposition in allen Hightech-Bereichen von der Künstlichen Intelligenz³² bis zur Raumfahrt an. Und China entwickelt konsequent ein Wirtschaftsnetz, in das u.a. Afrika, Zentralasien, Osteuropa eingebunden werden.³³

China hat inzwischen den Hunger im eigenen Land besiegt; noch Ende der 50er Jahre starben über 15 Mio. Menschen in einer katastrophalen Hungersnot während des von Mao Zedong angeordneten *"Großen Sprungs nach vorn"*. Aber noch ist Armut im Reich der Mitte weit verbreitet.

³¹ Konkurrierende religiös-ideologische Bewegungen wie **Falun gong** werden als staatszersetzend verboten, die Mitglieder verfolgt, in Arbeitslagern inhaftiert und gefoltert. Falun Gong wurde anfangs in den 90er Jahren von der KP noch gelobt und gefördert, dann aber zunehmend als bedrohlich bewertet. Ab 2000 wurden die damals rund 70 - 100 Mio. Mitglieder verfolgt und "umerzogen", viele sogar ermordet. https://de.wikipedia.org/wiki/Falun_Gong

³² Die **Entwicklung Künstlicher Intelligenz** (KI) wird massiv gefördert. Für China war es ein "Sputnik-Schockerlebnis", als im März 2016 das vom US-Konzern Google entwickelte Computerprogramm *AlphaGo* den weltbesten asiatischen Go-Spieler in diesem extrem komplexen Brettspiel besiegte. Über ein jährliches Förderprogramm von 150 Mrd. Dollar soll China nun in den kommenden Jahren die globale Spitzenposition im Bereich KI erreichen. (nach Christoph Giesen, Chinakorrespondent der Süddeutschen Zeitung auf dem Osnabrücker Demokratieforum am 7.12.2018)

³³ Ein Beispiel ist das Projekt **"Neue Seidenstraße"**: Mit einem Investitionsprogramm von rund 900 Milliarden Dollar will China im eurasischen Ausland in den Staaten der alten Seidenstraße Infrastrukturmaßnahmen fördern und ein Netzwerk aus Straßen, Eisenbahnen, Häfen und Flughäfen, Pipelines und Kraftwerken zwischen Asien und Europa entwickeln - im Interesse der eigenen Wirtschaft und der eigenen geopolitischen Ziele.

Ein Leben ohne Elend, Hunger, Armut, (vermeidbare) Krankheiten bzw. Wohlstand für alle könnten (!) beide Systeme sicherstellen; sie zeigen diesbezüglich aber noch gravierende Defizite; China hat bei der Armutsbekämpfung zudem noch erheblichen Nahholbedarf. Gravierende Defizite haben beide Systeme auch im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit.³⁴

Entscheidend ist, wie wichtig den Menschen darüber hinaus individuelle Freiheit und/oder die verlässliche soziale Zugehörigkeit bzw. völkisch-nationale Identität sind.

Individuelle Freiheit und Selbstbestimmung sowie das Recht auf Selbstverwirklichung garantieren ausschließlich die westlichen Demokratien, ebenso den Schutz des Einzelnen vor Gewalt, Willkür und staatlichem Unrecht. Diese individuellen Rechte spielen im autoritär-nationalistischen Überwachungsstaat allenfalls eine nachgeordnete Rolle. Die autoritären Systeme bieten dafür völkisch-nationale Zugehörigkeit und Abgrenzung sowie die Einbindung in eine sich als einzig- und großartig inszenierende und präsentierende Nation.

Individualismus und Freiheit einerseits und Gemeinschaft und Gemeinsinn andererseits müssen kein unauflösbarer Widerspruch sein. Das muss der Westen erfahrbar machen. Freiheit und Gerechtigkeit dürfen sich nicht weiter auseinanderentwickeln. In der Stärkung der intellektuellen, kreativen und sozialen Potenziale selbstbewusster Individuen liegt die große Chance der westlichen Demokratien. Dazu müssen sich alle Bürgerinnen und Bürger als gebraucht, unterstützt und herausgefordert fühlen können.

Die Frage, ob so die Lösung der großen globalen Herausforderungen (z. B. Klimawandel/Umweltkrise, weltweite Migrations-/Fluchtbewegungen, Kontrolle der Finanzmärkte, Einsatz Künstlicher Intelligenz) gelingen kann, ist derzeit allerdings noch offen.

³⁴ Auch im vorgeblich "kommunistischen" China wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer! Nirgends steigt die Zahl der Milliardäre und Millionäre schneller, während gleichzeitig die Einkommens- und Vermögensunterschiede zunehmen.